



BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG

Abschlussbericht

Ergebnisse der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III

Stand: 11.05.2023



Stand: 11.05.2023

Blatt: 1

DECKBLATT	Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd Nr.	Rev.
	NAAN	NNNNNNNNNN	NNA AANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
	9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Kurztitel der Unterlage:
Abschlussbericht - frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III

Ersteller / Unterschrift: UKÖ-IN.	Prüfer / Unterschrift:
--------------------------------------	----------------------------

Titel der Unterlage:
**Abschlussbericht
Ergebnisse der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung
zum Antragskomplex III**

Freigabevermerk:

Freigabedurchlauf

Fachbereich: U125	Stabsstelle Qualitätssicherung:	Endfreigabe:
Datum: 11. August 2023	Datum: 30. AUG. 2023	Bereichsleitung ASE Datum: 30. AUG. 2023
 Unterschrift	Name:	Name:

2019-07-22_KQM_Deck-Revisionsblatt_REV23

REVISIONSBLATT	Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd Nr.	Rev.
	NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
	9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Kurztitel der Unterlage:

Abschlussbericht - frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III

Rev	Revisionsstand Datum	Verantwortl. Stelle	revidierte Blätter	Kat. *)	Erläuterung der Revision
00	11.05.2023	UKÖ		-	Neuerstellung

*) Kategorie R = redaktionelle Korrektur, Kategorie V = verdeutlichende Verbesserung, Kategorie S = substantielle Änderung. Mindestens bei der Kategorie S müssen Erläuterungen angegeben werden.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 3

Inhaltsverzeichnis	Blatt
1 Einleitung	5
2 Abkürzungen	8
3 Der Antragskomplex III	9
4 Angebote der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	10
4.1 Überblick der Beteiligungs- und Informationsangebote	10
4.1.1 Postwurfsendung	11
4.1.2 Online-Angebote	11
4.1.3 Anzeigen in regionalen Printmedien	11
4.1.4 Online-Anzeigen	12
4.1.5 Social Media	12
4.1.6 Zentrale Dialogveranstaltung	12
5 Bewertung der eingereichten Vorschläge	13
5.1 Bauliche Maßnahmen	13
5.1.1 Photovoltaikanlagen	13
5.1.2 Geringe Sichtbarkeit	13
5.1.3 Bedeckung mit Erdreich	13
5.1.4 Mahnmal	14
5.1.5 Gestaltung „Weg zur Asse“	14
5.1.6 Starkregen	14
5.1.7 Erhöhter Bedarf an Parkplätzen (Verkehrssituation)	15
5.1.8 Nachbau der Asseburg	15
5.1.9 Kreisstraße K513	16
5.1.10 Abluftschornstein	16
5.1.11 Verwaltungs- und Laborgebäude im FFH-Gebiet	17
5.2 Erweiterung des Strahlenschutzes	17
5.2.1 Überwachung des Grundwassers	17
5.2.2 Unabhängige Messungen	18
5.2.3 Schutz der Bevölkerung priorisieren	18
5.2.4 Recycling der Abfälle	19
5.3 Transparente Kommunikation	19
5.3.1 Regionale Zeitungen	19
5.3.2 Anschlagkästen in den Gemeinden	19
5.3.3 Informationsangebot zugänglicher machen	20
5.4 Weitere Anliegen	20
5.4.1 Standortauswahl	20
5.4.2 Genehmigungsprozess	21
5.4.3 Notwendigkeit und finanzielle Verhältnismäßigkeit	21
5.4.4 Dauer der Zwischenlagerung	22
5.4.5 Endlagerung statt Zwischenlagerung	22
5.4.6 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	23
6 Weitere Statements im Rahmen frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	24
6.1 Wortmeldungen bei der zentralen Dialogveranstaltung	24
6.1.1 Herr Walter (Anwohner aus der Region)	24

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 4

6.1.2	Heike Wiegel (Vorsitzende aufpASSEn e.V.)	24
6.1.3	Dirk Neumann (Samtgemeindebürgermeister der Samtgemeinde Elm-Asse)	24
6.2	Weitere Postings im Forum	25
6.2.1	3D-Seismik	25
6.2.2	Mangelnde Fehlerkultur	25
6.2.3	Fehlende Informationen zu Forschungsarbeiten und Form der Einlagerung	26
6.3	Anschreiben	26
6.3.1	Mail (Anwohner*in #03 aus Schöppenstedt)	26
6.3.2	Till Eulenspiegel Protestkarte	27
7	Ausblick	28
8	Quellenverzeichnis	29
9	Glossar	30

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Protestkarte „Till Eulenspiegel“.	27
------------------------------------------------	----

Verzeichnis der Anhänge

Anhang 1: Mailverkehr (Anwohner*in #03 aus Schöppenstedt /BGE)	32
----------------------------------------------------------------	----

Blattzahl der Unterlage

37

Verzeichnis der Anlagen

Anzahl der Blätter der Anlage

Anlage 1: Dokumentation Online Forum Antragskomplex III (BGE-Asse-KZL: 9A/14000000/RRA/DZ/BK/0001/00)	38
-------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Gesamte Blattzahl dieser Unterlage

75

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 5

1 Einleitung

Am 10. August 2020 hat die BGE das Niedersächsische Umweltministerium gebeten, das Verfahren zur Erlangung einer Umgangsgenehmigung gemäß Paragraph 9 des Atomgesetzes (AtG) für die Rückholung der radioaktiven Abfallstoffe aus der Schachanlage Asse II zu eröffnen. Hierzu fand am 16. Dezember 2020 eine Antragskonferenz statt.

Grundlage für diese Antragskonferenz bildet eine Planerische Mitteilung [BGE 2020]. Ziel der Unterlage ist es, dem Niedersächsischen Umweltministerium als Genehmigungsbehörde, die für die Erteilung der atomrechtlichen, aber auch für weitere nach anderen Rechtsvorschriften konzentrierten erforderlichen Zulassungen und die von der BGE gesehenen Rand- und Rahmenbedingungen darzustellen. Damit soll dem Umweltministerium des Landes Niedersachsen ermöglicht werden, die zu beteiligenden Träger der öffentlichen Belange zu bestimmen und die notwendigen Sachverständigen im Genehmigungsverfahren einzubinden.

Die BGE verfolgt das Ziel, den Umfang und den Inhalt der vorzulegenden Antragsunterlagen mit dem Umweltministerium aber auch mit den für die anderen Rechtsgebiete zuständigen Aufsichts- und Genehmigungsbehörden festzulegen. So soll eine umsetzbare und rechtssichere Genehmigung erreicht werden. Die BGE plant, die Genehmigung in vier Antragskomplexen zu bearbeiten.

Die BGE stellt im Rahmen des **Antragskomplexes I** einen Antrag gemäß § 9 AtG auf wesentliche Änderung der bestehenden Umgangsgenehmigung für die Ableitung der Grubenwetter aus Schacht Asse 5.

Dieser Antragskomplex I umfasst folgende Maßnahmen:

- die Ableitung der Grubenwetter über ein neues Abwetterbauwerk im Bereich von Schacht Asse 5,
- die Umstellung der Wetterführung im Bestandsbergwerk,
- das Teufen der Schachtröhre Schacht Asse 5 einschließlich der Errichtung des Abwetterbauwerkes unter Nutzung von Infrastruktur mit Baustelleneinrichtungen (Teufleinrichtungen, Büro- und Sozialcontainer etc.),
- den Umgang mit den anfallenden Haufwerksmassen aus Teuf- und Auffahrbetrieb,
- die untertägige Verbindung der Schachtröhre des Schachtes 5 mit dem Bestandsbergwerk.

Für den Umgang mit Kernbrennstoffen zum Transport der radioaktiven Abfälle aus Schacht Asse 5 sowie den Transport zur Abfallbehandlung auf dem Betriebsgelände einschließlich aller damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen beabsichtigt die BGE einen Antrag gemäß § 9 AtG zu stellen.

Der **Antragskomplex II** umfasst folgende Maßnahmen:

- die Errichtung der Schachtförderanlage insbesondere zum Transport von Kernbrennstoffen,
- die Errichtung der übertägigen Infrastruktur (Schachthalle mit Umladeeinrichtung, Technikräume für Schachtförderanlage, Schachtfördergerüst, Werkstätten, Sozialgebäude, Heizung, Stromversorgung etc.) einschließlich der im Schacht Asse 5 für die Schachtförderanlage bzw. Bewetterung sowie die Medienführung erforderlichen Komponenten,
- die Auffahrung der sowohl für den konventionellen Betrieb als auch für die Rückholung ohne Öffnen der Einlagerungskammern erforderlichen untertägigen Infrastruktur,
- den Umgang mit den anfallenden Haufwerksmassen aus dem Auffahrbetrieb,
- den Transport der umverpackten Abfallgebände auf dem Betriebsgelände zur Abfallbehandlungsanlage.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 6

Der **Antragskomplex III** umfasst alle Maßnahmen zur Pufferung, Charakterisierung, Konditionierung und Zwischenlagerung der rückgeholten Abfälle (Anlagen zur Abfallbehandlung/Zwischenlagerung).

Der **Antragskomplex IV** beinhaltet die Rückholung der radioaktiven Abfälle im engeren Sinne und umfasst folgende Maßnahmen:

- das Öffnen der Einlagerungskammern,
- die Bergung der Abfälle aus den Einlagerungskammern,
- das Einbringen der radioaktiven Abfälle in Umverpackungen,
- den Transport der radioaktiven Abfälle in Umverpackungen unter Tage,
- die geänderte Ableitung radioaktiver Stoffe einschließlich des dafür erforderliche Abwetterbauwerks.

Von Teilen der Öffentlichkeit wird kritisiert, dass erst im Antragskomplex IV die eigentliche Rückholung der radioaktiven Abfälle beantragt wird. Dabei ist zu beachten, dass die Antragskomplexe parallel bearbeitet werden. Die Nummerierung der Antragskomplexe stellt somit keine zeitliche Abfolge dar. Darüber hinaus muss vor der Genehmigung der Rückholung im engeren Sinne die praktische Vorgehensweise genehmigt und ein Entsorgungsnachweis – über ein Zwischenlager – geführt werden.

Die genannten Antragskomplexe berühren unterschiedliche Rechtsgebiete. Der § 57b Atomgesetz sieht vor, dass Genehmigungsverfahren unter dem Atomrecht konzentriert werden können (atomrechtliches Trägerverfahren). Dies bedeutet, dass eine nach Atomrecht erteilte Genehmigung auch andere Rechtsvorschriften umfassen kann. Behördliche Entscheidungen werden so konzentriert. Dies soll die Rückholung der radioaktiven Abfälle beschleunigen.

Die BGE plant Genehmigungen der folgenden Rechtsgebiete im Rahmen eines atomrechtlichen Trägerverfahrens zu bündeln:

- Atomrecht
- Naturschutzrecht
- Baurecht
- Bundesimmissionsschutzrecht

Genehmigungen nach den folgenden Rechtsgebieten sollen jeweils gesondert beantragt werden:

- Bergrecht
- Raumordnungsrecht
- Wasserrecht

Ob und in welchem Umfang die BGE in den jeweiligen Antragskomplexen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wird, ist durch die BGE noch nicht entschieden. Weitere Informationen zu den Möglichkeiten sind in der Planerischen Mitteilung beschrieben.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens werden mehrere Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung umgesetzt. Zum Beispiel sieht das Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) gemäß § 25 eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung vor. Ziel ist es, die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens zu unterrichten.

Die BGE führte vom 22. Februar bis zum 26. April 2021 eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum ersten der insgesamt vier Antragskomplexe durch. Im Mittelpunkt standen die Fragen nach dem Umgang mit den anfallenden Gesteinsmassen (Haufwerk) sowie nach den notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die Ergebnisse aus dieser frühen Öffentlichkeitsbeteiligung sind im Abschlussbericht zusammengefasst [BGE 2022].

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 7

In der zweiten frühen Öffentlichkeitsbeteiligung im Herbst vom 4. Oktober bis zum 13. November 2022 standen die Planungen für eine Abfallbehandlungsanlage und für ein Zwischenlager an der Schachtanlage Asse II im Fokus. Diskutiert wurde, in welcher Weise die Öffentlichkeit Einfluss auf die Planungen nehmen kann.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 8

2 Abkürzungen

A2B	Asse-2-Begleitgruppe
AtG	Atomgesetz
BGE	Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
FFH	Flora-Fauna-Habitatrichtlinie
MU	Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 9

3 Der Antragskomplex III

Derzeit existiert kein Endlager in Deutschland, in das die Abfälle aus der Schachanlage Asse II endgelagert werden können. Die Abfälle können aber auch nicht so lange unter Tage bleiben, bis im Rahmen des Standortauswahlverfahrens für hochradioaktive Abfälle ein weiteres Endlager für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II gefunden ist. Eine Zwischenlagerung an der Tagesoberfläche ist somit unumgänglich.

Die Maßnahmen vom Antragskomplex III umfassen folgende Anlagen, die zunächst errichtet und anschließend betrieben werden müssen:

- eine Charakterisierungsanlage,
- eine Konditionierungsanlage,
- ein Pufferlager sowie
- ein Zwischenlager für die radioaktiven Stoffe.

Für die Zwischen- und Endlagerung wie auch für den Transport müssen die Abfälle bekannt und deklariert sein. Durch die Charakterisierung wird die radiologische und stoffliche Beschaffenheit der Abfälle festgestellt. Dazu werden möglichst zerstörungsfreie Messverfahren verwendet. Sollte dies nicht möglich sein, werden Proben genommen und analysiert.

Bei der Konditionierung werden die Abfälle so verarbeitet und anschließend verpackt, dass sie sicher zwischen- und endgelagert werden können.

Im Pufferlager werden die geborgenen Abfälle bis zu ihrer Charakterisierung und Konditionierung gelagert. Untertage können die radioaktiven Abfälle dadurch ohne Unterbrechung zurückgeholt und gleichzeitig über Tage kontinuierlich charakterisiert und konditioniert werden. Zu Beginn der Rückholung wird das Pufferlager einen größeren Bereich im Gebäude einnehmen. Der Anteil wird sich im Laufe der Rückholung verringern.

Neben dem Abfallvolumen von rund 47.000 Kubikmetern werden auch kontaminiertes Salzmaterial und Salzlösungen anfallen. Planungen gehen davon aus, dass dabei nochmal ein Volumen von rund 50.000 Kubikmetern zu berücksichtigen ist. Nach der Konditionierung wird das Volumen auf rund 200.000 Kubikmetern anwachsen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 10

4 Angebote der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

Der Umfang der Beteiligungsgegenstände war aufgrund enger rechtlicher Vorgaben beschränkt. Seitens der Öffentlichkeit wurde insbesondere kritisiert, dass der Standortvorschlag der BGE für ein Zwischenlager in unmittelbarer Nähe zum Betriebsgelände kein Beteiligungsgegenstand gewesen ist. Aus Sicht der BGE bot dieser Gegenstand jedoch keine Möglichkeiten der Beteiligung.

Im Mittelpunkt der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung standen daher folgende Fragen:

1. Was soll die BGE baulich berücksichtigen? (Bauliche Maßnahmen)
An den Bau der Abfallbehandlungsanlage und des Zwischenlagers sind enge rechtliche Vorgaben geknüpft. Diese gewährleisten ein größtmögliches Maß an Sicherheit. Sie folgen einerseits konventionellen baurechtlichen Vorgaben, andererseits sind strahlenschutzfachliche Aspekte zu berücksichtigen. Gleichzeitig gibt es dennoch Spielräume, bei denen die BGE Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit aufgreifen kann. Dies betrifft zum Beispiel die Außengestaltung des Gebäudes.
2. Was soll die BGE untersuchen? (Erweiterung des Strahlenschutzes)
Im Zuge der Rückholung wird es zu zusätzlichen Ableitungen kommen. Das ist eine andere Situation als heute. Gleichzeitig werden die gesetzlichen Grenzwerte sicher eingehalten. Die BGE wird die Maßnahmen des Strahlenschutzes an die neue Situation anpassen. In der Vergangenheit erreichten die BGE verschiedene Vorschläge, welche Umweltmedien und welche radioaktiven Stoffe zusätzlich untersucht werden könnten. Dazu gehören Baumscheiben, Milchzähne sowie der Schlamm aus Teichen. In welchem Umfang sollte die BGE das Überwachungsprogramm aufgrund der Umsetzung der Rückholung anpassen?
3. Wie soll die BGE kommunizieren? (Transparente Kommunikation)
Die BGE erwartet ein großes Informationsbedürfnis zur Abfallbehandlung und zum Zwischenlager. Dieses Bedürfnis kann sehr unterschiedlich sein. Welche Informationen und welche Informationskanäle sind während des Betriebs der Abfallbehandlungsanlage und des Zwischenlagers gewünscht?

4.1 Überblick der Beteiligungs- und Informationsangebote

Die BGE hat während der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 4. Oktober bis 13. November 2022 mehrere Angebote gemacht. Diese zielten darauf ab, über das Verfahren und die jeweiligen Inhalte zu informieren. Gleichzeitig konnten sich Interessierte an den Angeboten beteiligen und der BGE Hinweise für die weiteren Planungen geben.

Die Konsultation der Bevölkerung im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte sowohl über digitale Medien als auch im Rahmen einer zentralen Dialogveranstaltung am 11. November 2022.

Aufgelistet sind nachfolgend alle Angebote, die während der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III umgesetzt wurden.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 11

4.1.1 Postwurfsendung

Mit der Postwurfsendung wurden gezielt Haushalte in der Region angeschrieben und über das anstehende Verfahren sowie die Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten informiert. Der Postwurfsendung lag eine vorfrankierte Rückantwortkarte bei, mit der interessierte Bürger*innen Vorschläge, Ideen und Anregungen in das Verfahren einbringen konnten.

- Zustellung: 3. bis 8. Oktober 2022
- Adressaten: 47.086 Haushalte in Schöppenstedt, Cremlingen, Dahlum, Kneitlingen, Uehrde, Winnigstedt, Dettum, Sickte, Erkerode, Evessen, Veltheim (Ohe), Wolfenbüttel, Flöthe, Schladen, Heiningen, Ohrum, Börßum, Schladen-Werla, Remlingen-Semenstedt, Denkte, Hedeper, Wittmar, Gevensleben
- sowie gesondert an 61 politische und gesellschaftliche Stakeholder

Anmerkung: Aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung geht die BGE davon aus, dass es zu Unregelmäßigkeiten bei der flächendeckenden Zustellung der Postwurfsendungen gekommen ist. Eine Prüfung des Sachverhaltes bei den zuständigen Dienstleistern erbrachte keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten.

4.1.2 Online-Angebote

Das digitale Angebot zielte darauf ab, einen niedrighschwelligen Zugang zu den Inhalten zu bieten. Dadurch konnten sich interessierte Bürger*innen Wissen aneignen, um die Themen rund um die Schachanlage Asse II, die Rückholung und das Genehmigungsverfahren samt den Antragskomplexen in einen Kontext zu setzen.

Das nachfolgend beschriebene Online-Angebot ist weiterhin zum Zwecke der Dokumentation und Archivierung zugänglich:

<https://www.bge.de/de/asse/themenschwerpunkte/fruehe-oeb-zwischenlager-und-abfallbehandlung/>

Darüber hinaus hat die BGE ein Online-Forum eingerichtet. In diesem wurden die eingereichten Vorschläge transparent gemacht und konnten diskutiert werden. Die Inhalte zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden im Nachgang in einem gesonderten Dokument archiviert [Anlage 1].

4.1.3 Anzeigen in regionalen Printmedien

Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung wurde in den Printmedien durch Anzeigen begleitet. In regelmäßigen Abständen sind Anzeigen in den regionalen Medien Wolfenbütteler Schaufenster und Wolfenbütteler Zeitung veröffentlicht worden.

Wolfenbütteler Schaufenster:

- Reichweite: 56.967 (Gesamtauflage)
- Erscheinungstermine: 2. Oktober, 9. Oktober, 16. Oktober, 30. Oktober, 6. November und 20. November 2022

Wolfenbütteler Zeitung:

- Reichweite: 13.953 verkaufte Exemplare der Samstagsausgabe
- Erscheinungstermine: 1. Oktober, 8. Oktober, 15. Oktober, 22. Oktober, 29. Oktober, 5. November und 19. November 2022

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 12

4.1.4 Online-Anzeigen

Parallel zu den Printanzeigen wurden Online-Anzeigen über sechs Wochen geschaltet. Diese führten als Link zum Online-Angebot der BGE mit weiteren Informationen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung.

- Zeitraum: 1. Oktober bis 11. November 2022
- Onlinewerbung auf www.wolfenbuetteler-zeitung.de und www.news38.de

4.1.5 Social Media

Begleitend wurden Beiträge über die Social-Media-Kanäle der BGE auf Facebook, Instagram und Twitter veröffentlicht.

4.1.6 Zentrale Dialogveranstaltung

Am 11. November 2022 hat die BGE im Rahmen einer zentralen Dialogveranstaltung über das Vorhaben informiert und mit interessierten Bürger*innen über die eingereichten Vorschläge diskutiert. Auch neue Ideen wurden entwickelt. Die Veranstaltung fand in der Eulenspiegelhalle Schöppenstedt und digital statt.

Die Aufzeichnung der Veranstaltung kann weiterhin auf YouTube eingesehen werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=KyUfDludn2E>

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 13

5 Bewertung der eingereichten Vorschläge

Zu den Themen „Bauliche Maßnahmen“, „Erweiterung des Strahlenschutzes“ und „Transparente Kommunikation“ der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung 2022 wurden der BGE insgesamt 18 Vorschläge unterbreitet. Diese erreichten die BGE über das Online-Forum, die zentrale Dialogveranstaltung am 11. November 2022 und über die Rücksendungen aus der Postwurfsendung. Die Vorschläge werden im Folgenden nach den Themen einzeln aufgelistet und von der BGE bewertet.

5.1 Bauliche Maßnahmen

5.1.1 Photovoltaikanlagen

Es wird vorgeschlagen, die neuen Gebäude mit Photovoltaik-Anlagen zu versehen, um umweltfreundlich Strom zu produzieren.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Grundsätzlich erlaubt die Niedersächsische Bauordnung die Ausstattung mit einer Photovoltaikanlage. Die Anwendbarkeit dieser Option für die Abfallbehandlung und das Zwischenlager sowie weitere technische Details werden in den noch anstehenden Planungen näher untersucht.

Bewertung: Die BGE wird den Vorschlag bei den Planungen der Gebäude weiterverfolgen.

5.1.2 Geringe Sichtbarkeit

Es wird vorgeschlagen, dass die notwendigen baulichen Anlagen möglichst wenig sichtbar sind. Zuspruch fand in diesem Kontext der geplante Standort für das Zwischenlager, da sich dieser Bereich in einer Senkung befindet und folglich von den umliegenden Wohnorten und Straßen kaum einsehbar ist. Der geplante Standort wird gleichzeitig von anderen Teilen der Öffentlichkeit massiv kritisiert und ist in der Region stark umstritten.

Bewertung: Die BGE unterstützt diese Sichtweise. Die Sichtbeziehungen zur Anlage waren ein Abwägungsaspekt bei der Standortauswahl.

5.1.3 Bedeckung mit Erdreich

Es wird vorgeschlagen, das Zwischenlager mit Erdreich zu bedecken und anschließend zu begrünen.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Das Zwischenlager dient der sicheren Lagerung der rückgeholten radioaktiven Abfälle bis zu deren Endlagerung. Die sichere Lagerung der Abfälle wird sowohl durch die Überwachbarkeit der Anlage als auch einen schnellen Zugang und eine gute Erreichbarkeit der Anlage von außen (zum Beispiel bei Brandereignissen durch die Feuerwehr) gewährleistet. Eine Anlage, die mit Erde überdeckt wird, verschlechtert das Sicherheitsniveau. Gleichzeitig ist eine solche Bodenüberdeckung, auch als Teilüberdeckung, grundsätzlich möglich.

Bewertung: Aus Sicht der BGE verschlechtert die Überdeckung des Zwischenlagers mit Erdreich das Sicherheitsniveau der Anlage. Daher wird dieser Vorschlag nicht weiterverfolgt.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 14

5.1.4 Mahnmal

Es wird vorgeschlagen, vor Ort ein Mahnmal zu errichten.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Ein Mahnmal kann jederzeit außerhalb des abgezaunten Betriebsgeländes errichtet werden. Hierdurch ist die Erreichbarkeit durch die Öffentlichkeit gewährleistet. Die Gestaltung des Mahnmals kann nach Wünschen der Region erfolgen und sollte daher federführend beim Landkreis Wolfenbüttel im Rahmen eines Begleitprozesses abgestimmt werden. Dies betrifft auch den Errichtungszeitpunkt sowie die Botschaft, die mit dem Mahnmal verbunden sein soll.

Bewertung: Aus Sicht der BGE kann ein Mahnmal auf Wunsch der Region durch die Region errichtet werden.

5.1.5 Gestaltung „Weg zur Asse“

Es wird vorgeschlagen, einen „Weg zur Asse“ zu gestalten, um auf das Projekt aufmerksam zu machen. Der Weg soll zur Schachanlage Asse II führen und mehrere Stationen in Form von Kunstwerken, Informationsangeboten und/oder Schulprojekten umfassen.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Eine Gestaltung des Wegs zur Schachanlage Asse II mit Kunstwerken, Informationsangeboten und/oder Schulprojekten ist mit dem Landkreis Wolfenbüttel und/oder der Gemeinde abzustimmen, da sich die Straßen derzeit in öffentlicher Hand befinden. Nur der Abzweig von der Kreisstraße K513 zur Schachanlage ist eine Betriebsstraße, die dem Bund gehört. Nur für diesen Teil kann die BGE eine Aussage treffen. Eine derart vorgeschlagene Gestaltung ist grundsätzlich denkbar. Sie darf allerdings nicht zu Einschränkungen bei der Nutzbarkeit und Sicherheit der Betriebsstraße führen.

Bewertung: Aus Sicht der BGE ist eine Gestaltung der Betriebsstraße mit Kunstwerken und/oder Schulprojekten denkbar. Die Gestaltung darf zu keinen Einschränkungen bei der Nutzbarkeit und Sicherheit der Betriebsstraße führen. Entsprechende Vorhaben sollten jedoch von Dritten umgesetzt werden. Die BGE wird im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten bei Bedarf unterstützen.

5.1.6 Starkregen

Es wird vorgeschlagen, Schutzmaßnahmen für Starkregenereignisse zu berücksichtigen, die sich negativ auf die umliegenden Ortschaften auswirken können.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Die Berücksichtigung von Starkregenereignissen ist Gegenstand der Betrachtungen zu möglichen Einwirkungen auf die Anlage von außen. Bereits die geltenden hohen Sicherheitsanforderungen berücksichtigen grundsätzlich erwartbare Starkregenereignisse. In der Störfallbetrachtung werden zusätzlich Extremniederschlagsereignisse untersucht, die durchschnittlich alle 10.000 Jahre erwartet werden. Die derzeitigen Simulationen des Oberflächenabflusses sind konservativ, d.h. abdeckend, aber vereinfacht und gelten für den Planungsstand Juni 2022. Die BGE strebt detailliertere Modelle mit einer realistischeren Darstellung der Konsequenzen an. Berechnungen zu den Auswirkungen auf umliegende Ortschaften sind derzeit ausstehend. Vergleichsrechnungen für die Auswirkungen der heutigen Anlagen existieren nicht.

Die BGE ist zu dieser Thematik bereits im Austausch mit dem Landkreis Wolfenbüttel (Untere Wasserbehörde). Die BGE strebt an, weiterhin im engen Austausch mit dem Landkreis Wolfenbüttel zu bleiben.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 15

Bewertung: Aus Sicht der BGE werden auch Starkregenereignisse im Rahmen der Nachweise zur erforderlichen Schadensvorsorge berücksichtigt. Der Oberflächenabfluss auf der Straße von der Anlage zu den umgebenden Ortschaften wird berechnet und Maßnahmen auf der Anlage geplant, die diesen im Vergleich zur derzeitigen Abflusssituation möglichst wenig erhöhen oder vermindern.

5.1.7 Erhöhter Bedarf an Parkplätzen (Verkehrssituation)

Es wird vorgeschlagen, die Verkehrssituation vor Ort zu berücksichtigen, da voraussichtlich weitere Mitarbeiter*innen-Parkplätze entstehen, die sich auf die Verkehrsführung vor Ort auswirken.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Aufgrund der durch die Rückholung erforderlichen Erweiterung des Betriebsgeländes der Schachanlage Asse II und für den Fall eines technisch nicht mehr beherrschbaren Lösungszutritts, ist mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen. Der jetzige bauliche Zustand der Kreisstraße ist für Verkehrsbewegungen dieser Größenordnung nicht ausgelegt. Um den erhöhten Verkehrslasten gerecht zu werden, ist eine Verbreiterung sowie eine Erhöhung der Tragfähigkeit der K 513 aus der Fahrtrichtung Remlingen bis zur Schachanlage Asse II erforderlich, zudem soll ein Radweg ergänzt werden. Die Gesamtlänge der notwendigen Ertüchtigung beträgt rund 1,6 Kilometer. Die Maßnahme ist Voraussetzung für die Umsetzung der Rückholung.

Die Ertüchtigung soll möglichst außerhalb des FFH-Gebiets stattfinden. Nicht auszuschließen sind kleinräumige Eingriffe innerhalb des FFH-Gebietes. Die BGE wird notwendige Anpassungen an der geforderten Umweltverträglichkeits-Prüfung (UVP) vornehmen.

Darüber hinaus ist die Parksituation an der Schachanlage Asse II nicht zufriedenstellend. Daher hat die BGE entschieden, den heutigen südlichen Parkplatz durch ein neues Parkhaus zu ersetzen und damit deutlich mehr Parkraum zu schaffen. Bei der Berechnung des Parkraums wurden auch die künftig zu erwartenden Randbedingungen berücksichtigt (z. B. Wegfall des Parkplatzes Ost und Personalzuwachs für die Rückholung). Der Baubeginn des neuen Parkhauses soll 2024 erfolgen.

Gleichzeitig steht der Bau eines Parkhauses in der Kritik. Es wird von Teilen der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, dass sämtliche Bauten, die für die Rückholung nicht zwingend vor Ort notwendig sind, außerhalb des FFH-Gebietes geplant werden sollten, um so den Eingriff in das Naturschutzgebiet zu minimieren.

Bewertung: Die BGE hat die Herausforderungen erkannt und in ihren Planungen bereits berücksichtigt. Geäußerte Kritik wird die BGE zum Anlass nehmen, die eigenen Planungen zu überprüfen.

5.1.8 Nachbau der Asseburg

Es wurde vorgeschlagen, die Asseburg (teilweise) nachzubauen. Ergänzend könnten hier auch eine Ausstellung und Café/Restaurant berücksichtigt werden.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Die Gestaltung oder Erweiterung der Asseburg kann nicht durch die BGE erfolgen, da die BGE dafür nicht verantwortlich ist und keine Haushaltsmittel für solche Aufgaben verwenden darf. Allerdings werden seitens des Bundes jährliche Gelder über den „Zukunftsfond Asse“ an die Region ausgeschüttet. Diese könnten zum Beispiel für ein solches Vorhaben verwendet werden.

Bewertung: Die BGE kann dieses Vorhaben aus rechtlichen Gründen nicht umsetzen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 16

5.1.9 Kreisstraße K513

Es wird vorgeschlagen, dass die Kreisstraße K513 für den öffentlichen Verkehr bestehen bleiben soll. Ist die Schließung unumgänglich, sollte eine Kompensationsmaßnahme für Vahlberg berücksichtigt werden. In diesem Kontext sind die ansässigen Landwirte zu berücksichtigen, die die K513 regelmäßig zur Bewirtschaftung der Ländereien nutzen.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Die BGE ist bestrebt, Störungen über das zwingend notwendige Maß hinaus zu vermeiden. Eine Sperrung oder Unterbrechung der Kreisstraße für die Dauer der Rückholung ist aus Sicht der BGE unvermeidlich. Das Betriebsgelände muss gemäß der Richtlinie zum Schutz gegen Störmaßnahmen und sonstige Einwirkungen Dritter beim Umgang mit und bei der Beförderung von sonstigen radioaktiven Stoffen gesichert werden. Eine Kreuzungssituation kann diesen Anforderungen nicht gerecht werden. Eine Querung durch Brücken oder Tunnel wurde geprüft, stellt jedoch keine zumutbare Alternative dar. Die Maßnahmen würden das Sicherheitsniveau senken, wären mit größeren Eingriffen in das FFH-Gebiet verbunden und würden mehr Zeit in Anspruch nehmen und damit dem Gebot einer unverzüglichen Rückholung widersprechen. Ob für den Zeitpunkt der Unterbrechung des Durchgangsverkehrs eine Kompensationsmaßnahme ergriffen werden kann oder welche alternativen Streckenverläufe möglicherweise umgesetzt werden können wird im Rahmen der Planungsarbeiten geprüft. Vorschläge seitens der Öffentlichkeit sind gerne willkommen.

Bewertung: Der Vorschlag kann noch nicht abschließend bewertet werden. Er wird weiter geprüft. Geäußerte Kritik wird die BGE zum Anlass nehmen, die eigenen Planungen zu überprüfen.

5.1.10 Ablufschornstein

Es wird vorgeschlagen, dass der geplante Ablufschornstein eine Mindesthöhe von 250 Meter hat, um eine weiträumige Verteilung der Emissionen sicherzustellen.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Die Höhe des Abwetterbauwerks richtet sich nach physikalischen Notwendigkeiten und praktischer Umsetzbarkeit. Bei kerntechnischen Anlagen hängen die zu erwartenden Dosen im Wesentlichen von drei Faktoren ab:

Zum ersten vom Quellterm, der sowohl für den bestimmungsgemäßen Betrieb als auch für den Störfall zu definieren ist. Er gibt an, welche radioaktiven Stoffe und in welchen Mengen diese abgeleitet oder freigesetzt werden können.

Zum zweiten wird die Verteilung und Ablagerung (Deposition) der radioaktiven Stoffe sowie die sich daraus ergebenden Folgedosen wesentlich durch die Freisetzungsbedingungen (Emissionsbedingungen) beeinflusst. Hierbei ist die Höhe des Kamins nur ein Parameter. Unter anderem fließen hier zum Beispiel auch Geschwindigkeit und Temperatur der Abwetter mit ein.

Als drittes beeinflussen die Wetterlage (insbesondere Regen, Windgeschwindigkeit und Windrichtung) und die natürlichen Höhenstrukturen (Orographie) wesentlich die Verteilung und Ablagerung der radioaktiven Stoffe in der Umgebung und die daraus resultierenden Dosen.

Die Höhenstruktur hat nur dann einen größeren Einfluss, wenn die Emissionshöhe bzw. Kaminhöhe in einem Bereich liegt, der durch die Geländestruktur und den Bewuchs beeinflusst wird, so dass der Kamin nicht frei angeströmt werden kann. Daher wird grundsätzlich eine Kaminhöhe gewählt, die eine freie Anströmung der Emissionsstelle gewährleistet.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 17

Modellrechnungen zeigen, dass die maximalen Dosen immer bei Regenereignissen auftreten werden, da hier die radioaktiven Stoffe aus der Luft ausgewaschen werden und direkt zu Boden gehen. Dies passiert in der direkten Umgebung des Kamins und ist unabhängig von der Kaminhöhe. Ein höherer Kamin würde an diesem Sachverhalt kaum etwas ändern.

Aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen ist ein höheres Abwetterbauwerk aus physikalischen Gründen nicht notwendig und auch nicht sinnvoll. Die Maxima der Strahlenbelastung bzw. Dosen werden durch Auswaschung der radioaktiven Stoffe bei Regen verursacht und am Anlagenzaun erwartet. Eine größere Höhe des Kamins würde zu keiner wesentlichen Veränderung führen.

Bewertung: Aus Sicht der BGE wird eine Erhöhung des Kamins keine relevanten Änderungen bei den berechneten Strahlenbelastungen ergeben. Daher wird dieser Vorschlag nicht weiterverfolgt.

5.1.11 Verwaltungs- und Laborgebäude im FFH-Gebiet

Es wird vorgeschlagen, davon abzusehen, weitere Verwaltungs- und Laborgebäude im FFH-Gebiet zu errichten.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Projekte sind vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines FFH-Gebiets zu überprüfen. Ergibt diese Prüfung, dass das Projekt zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebiets führen kann, ist dieses unzulässig. Die einzigen zwei Ausnahmen sind:

1. Das Projekt ist aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses notwendig.
2. Zumutbare Alternativen für das Projekt sind an anderer Stelle ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen nicht zu erreichen.

Das heißt, in einem FFH-Gebiet können nur dann Gebäude errichtet werden, wenn einer der beiden oben ausgeführten Punkte zutreffend ist. Zum Beispiel ist dies der SchachtASSE 5, da die Lage des Schachts durch die Geologie der Salzstruktur vorgegeben wird. Dies betrifft auch die zwingend mit dem SchachtASSE 5 in Verbindung stehenden Gebäude (z. B. Förderturm, Schacht- und Umladehalle, Abwetterbauwerk etc.). Gebäude, für die es keinen zwingenden Grund gibt, werden grundsätzlich außerhalb des FFH-Gebiets geplant und errichtet.

Bewertung: Die BGE wird die Auswirkungen durch Baumaßnahmen so gering wie möglich halten.

5.2 Erweiterung des Strahlenschutzes

5.2.1 Überwachung des Grundwassers

Es wird vorgeschlagen, auch das Grundwasser in der Region in ein Messprogramm mit aufzunehmen und regelmäßig zu überwachen.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Bereits heute wird das Grundwasser sowie Oberflächenwasser und Trinkwasser im Rahmen der Umgebungsüberwachung untersucht. Die Proben werden vierteljährlich genommen. Im Jahr 2021 wurden Proben – je nach Untersuchungsmethode - an 12 bis 14 von insgesamt 19 Entnahmestellen genommen. Die Proben wurden gammaspektrometrisch untersucht. Die Entnahmeorte finden sich in den Gemeinden Remlingen, Vahlberg, Wittmar, Denkte und Kissenbrück. Alle Werte liegen unterhalb der Nachweisgrenze. Die Werte sind also niedriger als es mit den gewählten Messverfahren erfasst werden kann. In solchen Fällen wird die Nachweisgrenze angegeben.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 18

Bewertung: Der Vorschlag ist bereits umgesetzt. Die BGE wird prüfen, wie sie die Ergebnisse transparenter kommunizieren kann.

5.2.2 Unabhängige Messungen

Es wird vorgeschlagen, auch außerhalb des Betriebsgeländes regelmäßig unabhängige Messungen durchzuführen. Dabei sollten die Ergebnisse so aufbereitet sein, dass sie für jedermann nachvollziehbar sind.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Bereits 2012 wurde auf Initiative des Landvolkes ein ergänzendes Messprogramm für insbesondere landwirtschaftliche Produkte eingerichtet. Das Labor AGROLAB LUFA GmbH aus Kiel hat im Jahr 2021 insgesamt 188 Proben ausgewertet. Untersucht wurden unter anderem Bodenproben, Getreide und Raps, Milch, Rüben und verschiedene weitere Gemüse- und Obstsorten. Alle Proben stammen aus einem Umkreis von maximal 10 Kilometern rund um die Schachtanlage Asse II. Auch die Messungen der AGROLAB LUFA GmbH zeigen, dass sich die gemessenen Werte in einem Bereich bewegen, der vergleichbar mit anderen Regionen in Deutschland ist. Die BGE hat die Finanzierung des Projektes im Jahr 2019 vom Bundesamt für die Sicherheit in der nuklearen Entsorgung übernommen.

In Remlingen wurde eine zusätzliche unabhängige Messstelle eingerichtet. Aktuell begleiten und initiieren Mitarbeiter*innen vom Institut für Radioökologie und Strahlenschutz der Leibniz Universität Hannover die Messungen im Rahmen des transdisziplinären Forschungsprojektes TRANSENS. Die Universität Hannover unterstützt bei den Messungen und interpretiert die Ergebnisse. Die Ergebnisse werden individuell mit den Probengeber*innen ausgewertet und besprochen. Die Messdaten werden zusätzlich auf der Internetseite des Projektes veröffentlicht. Die Begleitung durch die Universität Hannover ist durch das Forschungsprojekt TRANSENS bis 2024 gesichert. Die Bürgermessstelle befindet sich im Kirchwinkel 4 in 38319 Remlingen. Weitere Informationen zum Forschungsverbund TRANSENS finden Sie auf der Internetseite <https://www.transens.de/>.

Bewertung: Der Vorschlag ist bereits umgesetzt. Die BGE wird prüfen, wie sie die Ergebnisse transparenter kommunizieren kann.

5.2.3 Schutz der Bevölkerung priorisieren

Ein Anwohner fordert dazu auf, dass die betroffene Bevölkerung vor radioaktiven Emissionen geschützt werden muss.

Die BGE hat die Forderung überprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Der Schutz der Bevölkerung vor unzulässigen Strahlenbelastungen ist gesetzlich vorgeschrieben. Darüber hinaus greift hier das sogenannte Minimierungsgebot. Nach diesem sind alle Belastungen auch unterhalb der Grenzwerte so gering wie möglich zu halten. Hierzu führt die BGE regelmäßig Messungen mittels verschiedener Verfahren durch. Diese reichen von der Emissions- und Immissionsüberwachung und der Überwachung der Luft im Bergwerk (bergmännisch: Grubenwetter) über das radiologische Salzlösungsmonitoring, bis hin zur Personendosimetrie. Die Berichte werden auf der Internetseite der BGE regelmäßig veröffentlicht. Zuletzt informierte die BGE im Mai 2022 im Rahmen der Veranstaltungsreihe Betrifft: Asse über die Maßnahmen und Ergebnisse des Strahlenschutzes an der Asse.

Die Aufzeichnung der Veranstaltung ist weiterhin auf YouTube verfügbar:

<https://www.youtube.com/watch?v=KpzoWauQy58>

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 19

Eine Nachberichterstattung sowie die Vortragsfolien sind auf der Internetseite der BGE zu finden:

<https://www.bge.de/de/asse/meldungen-und-pressemitteilungen/archiv/meldung/news/2022/5/722-asse/>

Die Radioaktivitätswerte an der Asse und in deren Umfeld lassen sich mit anderen Regionen Deutschlands vergleichen. Der Aktivitätsbeitrag der Schachanlage Asse II ist in der Umgebung nicht nachweisbar.

Bewertung: Der Vorschlag wird bereits aufgrund gesetzlicher Vorgaben umgesetzt.

5.2.4 Recycling der Abfälle

Es wird vorgeschlagen, die radioaktiven Abfälle unter Verwendung des Fusionsenergie-Verfahrens zu recyceln.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Zwar gibt es entsprechende Forschungen auf dem genannten Gebiet, allerdings sind die Verfahren bis heute nicht im benötigten technischen Maßstab verfügbar. Auch beziehen sich diese Forschungsarbeiten auf hochradioaktive Abfälle, nicht auf schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Für die radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II ist das Thema Recycling daher keine Option.

Bewertung: Der Vorschlag kann nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik nicht umgesetzt werden.

5.3 Transparente Kommunikation

5.3.1 Regionale Zeitungen

Es wird vorgeschlagen, dass vermehrt Informationen zu den laufenden Prozessen in den regionalen Tageszeitungen, insbesondere im Wolfenbütteler Schaufenster, abgedruckt werden.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Bereits jetzt sendet die BGE alle relevanten Presseinformationen für die Schachanlage Asse II an die regionale Presse. Dazu gehören die Wolfenbütteler Zeitung sowie das Wolfenbütteler Schaufenster. Darüber hinaus veröffentlicht die BGE regelmäßig ganzseitige Anzeigen im Wolfenbütteler Schaufenster, um über aktuelle Themen rund um die Schachanlage Asse II zu informieren. Die BGE wird prüfen, wie zukünftig weitere Informationen in der regionalen Presse dargestellt werden können.

Bewertung: Die BGE wird den Vorschlag bei der weiteren Betrachtung berücksichtigen.

5.3.2 Anschlagkästen in den Gemeinden

Es wird vorgeschlagen, dass neben einer regelmäßigen Berichterstattung in den regionalen Zeitungen (s. 5.3.1) auch die Anschlagkästen in den umliegenden Gemeinden genutzt werden. Hier kann über Prozessstände informiert und außerdem anstehende Veranstaltungen angekündigt werden.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Hinweise zu aktuellen Arbeiten und Veranstaltungen können seitens der BGE zur Verfügung gestellt werden. Die BGE wird prüfen, in welchem Umfang und in welcher Form dies möglich ist. Die Bestückung der Anschlagkästen obliegt den jeweiligen Gemeinden.

Bewertung: Die BGE wird den Vorschlag bei der weiteren Betrachtung berücksichtigen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 20

5.3.3 Informationsangebot zugänglicher machen

Es wird vorgeschlagen, die Masse an Informationsmaterial, die seitens der BGE bereitgestellt werden, für interessierte Bürger*innen zugänglicher zu machen. Bemängelt wird insbesondere, dass häufig originale Dokumente zur Verfügung gestellt werden, diese aber für die allgemeine Bevölkerung schwer zu verstehen und zu deuten sind. Insbesondere entsteht hier der Eindruck, dass interessierte Leser*innen mit ihren anschließenden Fragen alleine gelassen werden.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Mit der Bereitstellung der Originalunterlagen kommt die BGE dem gesetzlichen Auftrag aus § 57 b Absatz 8 AtG nach. Die BGE wird prüfen, ob die Verständlichkeit wesentlicher Unterlagen durch begleitende Informationen verbessert werden kann. Auch wird die BGE prüfen, wie Anfragen leichter an die BGE gerichtet werden können.

Parallel dazu bietet die BGE ein breites Portfolio weiterer Informationsangebote an. Dazu gehören unter anderem Informationsveranstaltungen und Vorträge, das Angebot von Besucherbesichtigungen der Schachanlage Asse II sowie die Öffnung der Infostelle Asse. Daneben können Bürger*innen ihre Anfragen via E-Mail über die Adresse [dialog\(at\)bge.de](mailto:dialog(at)bge.de) senden.

Bewertung: Die BGE wird den Vorschlag bei der weiteren Betrachtung berücksichtigen.

5.4 Weitere Anliegen

5.4.1 Standortauswahl

Die BGE hat mehrere Postkarten und Beiträge erhalten, in denen ein Standortvergleich von Asse-nahen und Asse-fernen Zwischenlagerstandorten gefordert wird.

Die BGE hat die Vorschläge geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Die Entscheidung der BGE, einen Asse-nahen Standort für Abfallbehandlungsanlage und Zwischenlager vorzuschlagen ist aus Sicht der BGE sachgerecht und genehmigungsfähig.

In einer Stellungnahme zum sogenannten Beleuchtungsbericht [BGE 2022 b] legt die BGE dar, warum eine Asse-nahe Zwischenlagerung für das Gelingen der Rückholung vorteilhaft ist. Angesichts der Komplexität des Rückholprojekts sieht die BGE jede weitere Komplexitätsstufe – wie etwa einen Asse-fernen Standort für ein Zwischenlager – als Risiko für das Gesamtprojekt an.

Die in der Öffentlichkeit diskutierten möglichen Standortalternativen werden in der Stellungnahme aufgegriffen und begründet verworfen. Neben der Komplexitätsreduktion, durch zunächst nur betriebliche Transporte der Abfälle, ergeben sich auch Vorteile beim Flächenverbrauch, bei möglichen Transportrisiken auf öffentlichen Schienen und Straßen sowie für den Strahlenschutz vor allem für die Belegschaften wie für die Bevölkerung.

In der Stellungnahme heißt es wörtlich: „Leitend für die Wahl eines Asse-nahen Zwischenlagerstandorts, war die Reduzierung des logistischen Aufwands, die Vereinfachung der Handhabung im Rahmen von Betriebsabläufen sowie die mit der Integration in das Betriebsgelände einhergehende expositionsärmere Variante im Vergleich zu allen anderen denkbaren Standorten.“ [BGE 2022 b; S. 43]

Die BGE geht zudem davon aus, dass es nahezu unmöglich ist, einen Standortvergleich mit möglichen Asse-fernen Standorten vorzunehmen. Es gibt keine Standorte, die sich für einen solchen Vergleich heranziehen ließen, die nicht zu den gleichen Diskussionen wie im Umfeld der Schachanlage Asse II führen würden. Dass es freiwillige Angebote von Kommunen geben könnte, ist nicht zu erwarten.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 21

Ein in der Diskussion bisher wenig gewichtetes Argument ist der Flächenverbrauch. Die Abfallbehandlungsanlage und das Pufferlager, das die BGE aktuell Asse-nah plant, lässt sich im Verlauf der Rückholung zum Zwischenlager umwidmen. Würde ein Zwischenlager Asse-fern errichtet, müsste eine Halle errichtet werden, in der am Ende bis zu 200.000 Kubikmeter Abfälle gelagert werden könnten, bis ein Endlager für diese Abfälle gefunden und errichtet worden ist. Inklusiv der dafür notwendigen Logistik und Anlagensicherung entstünde eine zweite große Industrieanlage – an einem Ort, der keinen Vorteil für die Zukunft aus der Rückholung ziehen könnte. Dazu kommt, dass dafür über Jahrzehnte weiteres Wachpersonal gebunden werden müsste.

Die BGE-Stellungnahme zum Beleuchtungsbericht finden Sie hier:

https://www.bge.de/fileadmin/user_upload/Asse/Wesentliche_Unterlagen/Zwischenlager/Beleuchtungsprozess/20220819_ASE_Stellungnahme_BGE_zum_Beleuchtungsbericht_barrierefrei.pdf

Über den Standortvorschlag möchte die BGE weiter in den Dialog treten. Einen Standortvergleich lehnt die BGE jedoch weiterhin ab.

Bewertung: Ein Standortvergleich wird seitens der BGE abgelehnt.

5.4.2 Genehmigungsprozess

Außerdem wurde eingebracht, mit dem Bau eines Zwischenlagers überhaupt erst zu beginnen, nachdem die Rückholung, also das Öffnen der Einlagerungskammern und die anschließende Bergung, von den zuständigen Behörden genehmigt wurde.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Die BGE hat den gesetzlichen Auftrag, die Schachanlage unverzüglich stillzulegen und nach Möglichkeit zuvor die radioaktiven Abfälle zurückzuholen. Geplant ist, im Jahr 2033 das erste Fass an die Tagesoberfläche zu holen. Die behördliche Zustimmung für dieses Vorhaben wird in mehreren Antrags-/Genehmigungskomplexen beantragt, die sich an Strukturen und Abläufen der Bau- und Prozessplanung orientieren. Beantragung und Bearbeitung der Komplexe sollten möglichst parallel erfolgen, um einen Start der Rückholung 2033 zu ermöglichen. Die Genehmigung für das Öffnen der Einlagerungskammern und die anschließende Bergung als erstes zu finalisieren lässt insgesamt eine deutliche Zeitverzögerung erwarten, da die Erstellung genehmigungsreifer Unterlagen für diesen Komplex den größten zeitlichen Aufwand erwarten lassen. Dadurch würde das ohnehin komplexe Vorhaben der Rückholung aus zeitlicher, technischer und organisatorischer Perspektive noch signifikant weiter erschwert. Und die BGE würde sich in der Folge unter Umständen dem Vorwurf aussetzen, das „Unverzögerlichkeitsgebot“ der Lex Asse missachtet zu haben.

Bewertung: Der Vorschlag steht dem Gebot der Unverzögerlichkeit entgegen und wird daher abgelehnt.

5.4.3 Notwendigkeit und finanzielle Verhältnismäßigkeit

Die BGE haben mehrere Postkarten und Beiträge erreicht, in denen die Notwendigkeit der Rückholung und der finanzielle Aufwand hierzu grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Die BGE hat die Fragen geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Die Rückholung ist seit 2013 gesetzlicher Auftrag der BGE. Der Auftrag wurde erteilt, nachdem in den Jahren 2009 und 2010 drei Stilllegungsoptionen geprüft wurden. Einzig durch die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II kann nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik die Langzeitsicherheit gewährleistet werden. Die Entscheidung wurde im Bundestag mit breiter politischer Mehrheit getroffen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 22

Darüber hinaus ist die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II keine Frage der Wirtschaftlichkeit. Gleichzeitig achtet die BGE im Rahmen ihrer Arbeiten auf eine wirtschaftliche Verwendung der ihr zur Verfügung gestellten Mittel. Nicht zuletzt, da alle Kosten der Schachanlage Asse II vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.

Die voraussichtlichen Brutto-Gesamtkosten für die Schachanlage Asse II nach Übernahme der Verantwortung durch das Bundesumweltministerium im Jahr 2009 bis zum Beginn der Rückholung im Jahr 2033 werden auf rund 4,7 Milliarden Euro geschätzt.

Bewertung: Die BGE folgt weiterhin dem gesetzlichen Auftrag, die radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II unverzüglich zurückzuholen.

5.4.4 Dauer der Zwischenlagerung

An die BGE wurde außerdem die Frage gerichtet, wie lange die radioaktiven Abfälle auf dem Asse-Höhenzug zwischengelagert werden sollen und wo diese letztendlich entsorgt werden.

Die BGE hat folgende Einschätzung zu dieser Frage: Für die radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II steht noch kein annahmefähiges Endlager zur Verfügung. Dieses muss noch gefunden werden. Dies wird im Rahmen der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle berücksichtigt. Wann ein Endlager zur Verfügung steht, kann heute nicht sicher prognostiziert werden. Vermutlich wird dies Ende dieses Jahrhunderts der Fall sein. Wo das Endlager errichtet werden kann, wird der weitere Suchprozess zeigen.

Gleichzeitig kann die BGE mit der Rückholung nicht warten, bis ein solches Endlager zur Verfügung steht. Zu groß ist die Gefahr, dass der bestehende Lösungszutritt nicht mehr beherrschbar wird. In einem solchen Fall müsste die Rückholung abgebrochen werden.

Daher müssen die Abfälle zunächst in ein Zwischenlager gebracht werden. In ein solches Zwischenlager werden ausschließlich die zurückgeholten Abfälle aus der Schachanlage Asse II eingelagert. Zuvor werden die Abfälle sicher verpackt (konditioniert). Dort werden sie so lange bleiben, bis die Abfälle an ein Endlager abgegeben werden können.

Bewertung: Eine Zwischenlagerung der zurückgeholten Abfälle aus der Schachanlage Asse II erfolgt bis zu dem Zeitpunkt, zu dem diese an ein annahmefähiges Endlager abgegeben werden können.

5.4.5 Endlagerung statt Zwischenlagerung

In einem weiteren Beitrag wird gefordert, ein Endlager zu bauen, um damit die Zwischenlagerung zu vermeiden.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Wie bereits im vorherigen Punkt beschrieben, sind die radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II unverzüglich zurückzuholen. Ein abnahmefähiges Endlager für die Abfälle aus der Schachanlage Asse II existiert noch nicht. Das aktuell laufende Suchverfahren für einen Standort für das Endlager für hochradioaktive Abfallstoffe nimmt auch die Abfälle aus der Schachanlage Asse II in den Blick. Wie bereits oben dargelegt, darf nicht gewartet werden, bis ein abnahmefähiges Endlager zur Verfügung steht. Daher werden radioaktiven Abfälle aus der Asse unverzüglich zurückgeholt.

Bewertung: Ein abnahmefähiges Endlager steht in naher Zukunft nicht zur Verfügung, so dass die zurückgeholten Abfälle aus der Schachanlage Asse II zwischengelagert werden müssen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 23

5.4.6 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Es wurde vorgeschlagen, Flächen die für das Zwischenlager gerodet werden müssen, in der Nähe derASSE wieder aufzuforsten.

Die BGE hat den Vorschlag geprüft und kommt zu folgender Einschätzung: Grundsätzlich wird für den Bau des geplanten SchachtASSE 5 Wald gerodet werden müssen, voraussichtlich nicht jedoch für die Realisierung der Abfallbehandlungsanlage und des Zwischenlagers. Die BGE strebt eine Kompensation sowie eine gleichartige Wiederherstellung der natürlichen Lebensräume möglichst nah am Eingriffsort an. Die Priorität liegt auf den Ausgleichsmaßnahmen. Ersatzmaßnahmen sind nur für den Fall vorgesehen, wenn ein ortsnaher Ausgleich nicht umgesetzt werden kann (z.B. fehlende Flächen).

Die BGE hat sich zum Ziel gesetzt, entstehende Schäden an der Natur möglichst ortsnah auszugleichen. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass hier einerseits die notwendigen Flächen zur Verfügung stehen müssen, andererseits die Maßnahmen geeignet sein müssen, einen gleichwertigen oder höherwertigen Lebensraum zu schaffen. Welche Kompensationsmaßnahmen umgesetzt werden, ist vom jeweils vorliegenden Einzelfall abhängig. Wenn vor Ort ein Ausgleich auch nach gewissenhafter Prüfung nicht möglich ist, wird die BGE auf Ersatzmaßnahmen zurückgreifen müssen.

Bewertung: Für die Umsetzung der Abfallbehandlungsanlage und des Zwischenlagers ist ein Eingriff in den Wald nicht vorgesehen. Ein ortsnaher Ausgleich der weiteren im Zusammenhang mit der Rückholung erfolgenden Eingriffe in die Natur ist das Ziel der BGE. Sollte dies auch nach umfangreicher Prüfung nicht möglich sein, wird ein Ersatz durch die BGE geschaffen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 25

Diese wurde auch dem BMUV übermittelt. Bis heute gäbe es seitens des BMUV nicht mal eine Eingangsbestätigung. Nach 2,5 Jahren Diskussionen mit BGE, BMUV und dem Umweltministerium Niedersachsen habe man sich auf den Beleuchtungsprozess verständigt, dessen Abschlussbericht wegweisend sein sollte. Im November 2021 wurde dieser veröffentlicht. Der Bericht beinhalte klare Aussagen, dass ein Standortvergleich notwendig ist. Eine Stellungnahme seitens des BMUV liegt noch nicht vor, die BGE hat sich dazu erst nach neun Monaten geäußert. Es entstünde der Eindruck, dass der Bericht überhaupt nicht wahrgenommen wird.

Die kommunale Ebene müsse sich daher Fragen, welche Wirkung sie in den angebotenen Formaten erzielen kann. Dirk Neumann sei geschockt vom Umgang mit der kommunalen Ebene. Vor diesem Hintergrund habe auch die Asse-2-Begleitgruppe (A2B) ihre Arbeit eingestellt. Als Vorzeigeprojekt habe dieser Begleitprozess versagt, wenn die Beiträge hochrangiger Expert*innen ignoriert würden.

6.2 Weitere Postings im Forum

Über das digitale Angebot des Online-Forums auf der Website der BGE konnten interessierte Bürger*innen ihre Themen in die Diskussion einbringen und mit anderen Bürger*innen und der BGE gemeinsam diskutieren. Die Themen „Bauliche Maßnahmen“, „Erweiterung des Strahlenschutzes“ und „Transparente Kommunikation“ sind unter Punkt 5 zusammengefasst. Hier erfolgte aufgrund des engen Bezugs zu den Inhalten des AK III eine Bewertung durch die BGE. Daneben gab es auch weitere Themen, die im Forum angesprochen wurden. Diese sind vollumfänglich in der Anlage 1 „Dokumentation Online-Forum Antragskomplex III“ aufgeführt (s. Anlage 1 „Dokumentation Online Forum Antragskomplex III“) und werden hier stichpunktartig zusammengefasst.

6.2.1 3D-Seismik

Ein Beitrag im Forum setzt sich intensiv mit der Frage nach den Ergebnissen der 3D-Seismik auseinander. Die Messungen wurden Anfang des Jahres 2020 abgeschlossen. Kritisiert wird insbesondere, dass keine Zwischenergebnisse, wie zum Beispiel reflexionsseismische Daten mit und ohne Interpretation veröffentlicht wurden. Hier wird die Bereitstellung von Informationen seitens der BGE als unbefriedigend empfunden.

Die BGE hat diese Anregungen zwischenzeitlich aufgenommen und im Rahmen der Veranstaltungsreihe Betrifft: Asse über die Ergebnisse der 3D-Seismik berichtet (vgl.: <https://www.bge.de/de/asse/meldungen-und-pressemitteilungen/meldung/news/2023/6/bge-stellt-messergebnisse-der-3d-seismik-asse-vor/>). Die Rohdaten der 3D-Seismik werden im Laufe des Jahres 2023 über die Internetseite www.bge.de zugänglich gemacht.

6.2.2 Mangelnde Fehlerkultur

Es wird in einem weiteren Beitrag bemängelt, dass nicht ausreichend Erkenntnisse zu den geologischen Gegebenheiten vorliegen und erarbeitet werden. Erst hieraus können entsprechende Entscheidung hinsichtlich neuer Infrastrukturprojekte, wie zum Beispiel das Zwischenlager, getroffen werden. Es sollten nicht die gleichen Fehler der Vergangenheit wiederholt werden, als zum Beispiel via Gerichtsurteil die Asse für „trocken“ erklärt worden sei und damit der Weg für die Einlagerung offen war.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 26

Die BGE arbeitet kontinuierlich daran bestehende Wissenslücken zielorientiert zu schließen. Dazu werden umfangreiche Untersuchungsprogramme über und unter Tage umgesetzt. Die BGE greift dabei auch auf die Expertise von Dritten zurück. Entscheidungen der BGE sind fachlich begründet.

6.2.3 Fehlende Informationen zu Forschungsarbeiten und Form der Einlagerung

Im Online-Forum werden ferner fehlende Informationen zu bisherigen Forschungsarbeiten und der stattgefundenen Einlagerung bemängelt. Es besteht der Bedarf, Methodik und Ergebnisse konkret zu beschreiben und zu veröffentlichen, um tatsächlich von Transparenz sprechen zu können.

Kenntnisse über die Einlagerung der radioaktiven Abfälle von 1967 bis 1978 sind für eine bessere Planung der Rückholung von zentraler Bedeutung. Die BGE erkundet unter anderem aus diesem Grund die Einlagerungskammern. Die Erkundung der Einlagerungskammer 7/750 wurde im Jahr 2017 abgeschlossen. Derzeit wird die Einlagerungskammer 12/750 untersucht. Gleichzeitig sind die Untersuchungen auf die Umsetzung der Rückholung ausgerichtet. Eine historische orientierte Betrachtung der Einlagerung erfolgt nicht.

6.3 Anschreiben

Im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung sind der BGE weitere Schreiben mit Kritik und Anmerkungen zugegangen, die nachfolgend sinngemäß wiedergegeben werden.

6.3.1 Mail (Anwohner*in #03 aus Schöppenstedt)

Die BGE erreichte im November 2022 eine E-Mail von Anwohner*in #03 aus Schöppenstedt. Darin wird darauf hingewiesen, dass die BGE die Meinung der Bevölkerung bereits kenne. „Wir als Familie aus der Region lehnen ein Atommülllager an der Asse und damit in dicht bebautem Gebiet strikt ab! Nicht nur wir, sondern auch sehr viele andere Bürgerinnen und Bürger.“ Anwohner*in #03 aus Schöppenstedt wirft der BGE vor, diese Meinungen dauerhaft und „permanent“ zu ignorieren.

Darüber hinaus kritisiert er den Transparenzanspruch der BGE, das „lediglich ein Wort“ sei und meint, dass immer wieder Entscheidungen getroffen wurden, ohne die Öffentlichkeit zu beteiligen und damit keine Rücksicht auf die Menschen genommen wird. Herr Schulze wirft der BGE „Täuschung“ vor und bezeichnet die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung als „Marketingkampagne“.

Er schließt mit den Worten: „Noch haben Sie die Möglichkeit, das Richtige zu tun und kein Atommülllager an der Asse zu errichten. Ich bin gespannt, ob die Meinung der Bevölkerung wirklich wichtig ist. Ich bin gespannt, ob Sie mutig genug sind. Darum möchte ich Sie bitten. Vielen Dank.“

Die BGE lud Anwohner*in #03 aus Schöppenstedt daraufhin zu mehreren Gesprächsanlässen ein, um die genannten Themen zu besprechen. Herr Schulze bat jedoch um eine schriftliche Antwort.

Diese erfolgte am 7. Dezember 2022 (vgl. Anhang), in der die BGE darauf hinwies, dass die Entscheidung für den Standortvorschlag im Kuhlager sachgerecht ist und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben eine größtmögliche Sicherheit gewährleisten werden. Darüber hinaus wurde auf einzelne weitere Aspekte des Schreibens eingegangen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 27

6.3.2 Till Eulenspiegel Protestkarte

Die BGE erreichten mehrerer Postkarten mit einem Aufkleber einer Karikatur von Till Eulenspiegel, auf dem zu lesen ist: „Selbst ich kann mir keine größeren Eulenspiegeleien ausdenken!“ (s. Abbildung 1).



Abbildung 1: Protestkarte „Till Eulenspiegel“.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 28

7 Ausblick

Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung 2022 basierte auf dem Antragskomplex III des geplanten Genehmigungsverfahrens zur Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II.

Die atom- und bergrechtlichen Vorgaben setzen den Gestaltungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit sehr enge Grenzen. Dieser Tatsache ist sich die BGE bewusst, kann diese Randbedingungen jedoch nicht auflösen. Gleichzeitig plant die BGE im weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens die Öffentlichkeit auch im Rahmen der weiteren Antragskomplexe frühzeitig zu informieren. Eine umfassende Information und die Möglichkeit, Einfluss auf die Planungen der BGE nehmen zu können, tragen entscheidend dazu bei, die Akzeptanz der gewählten Vorgehensweisen bei der Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II zu erhöhen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 29

8 Quellenverzeichnis

BGE 2020, Planerische Mitteilung zum Antrag auf Genehmigung der Ableitung der Grubenwetter aus Schacht 5. Abrufbar unter: <https://www.bge.de/de/asse/themenschwerpunkte/themenschwerpunkt-rueckholung/auf-dem-weg-zur-genehmigung/>

BGE 2022 a, Abschlussbericht – Ergebnisse der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex I. Abrufbar unter: <https://www.bge.de/de/asse/wesentliche-unterlagen/rueckholungsplanung/>

BGE 2022 b, Stellungnahme zum Beleuchtungsbericht (Zwischenlager Asse II). Abrufbar unter: <https://www.bge.de/de/aktuelles/meldungen-und-pressemitteilungen/meldung/news/2022/8/754-schachtanlage-asse/>

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 30

9 Glossar

- Abfall, radioaktiver:** Radioaktive Stoffe im Sinne des § 2 Absatz 1 und 2 des Atomgesetzes, die nach § 9a Absatz 1 Nummer 2 des Atomgesetzes geordnet beseitigt werden müssen.
- Abwetter:** Wetterstrom hinter einem untertägigen Betriebspunkt bis zum Ausziehschacht.
- Antragskomplex:** Die BGE beabsichtigt, die Genehmigungen für die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II in insgesamt vier Antragskomplexen zu beantragen. Die Antragskomplexe orientieren sich hauptsächlich an den jeweiligen Prozessschritten bei der Rückholung.
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen:** Alle Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um Eingriffe in die Natur zu kompensieren.
- Bewetterung:** Planmäßige Versorgung der Grubenbaue mit frischer Luft.
- Charakterisierung:** Bei der Charakterisierung werden Stoffe auf Grundlage vorher durchgeführter Analysen oder vorliegender Kenntnisse im Hinblick auf ihre Eigenschaften und Inhaltsstoffe umfassend beschrieben.
- Konditionierung:** Bei der Konditionierung erfolgt die Behandlung und/oder Verpackung von radioaktiven Abfällen mit dem Ziel, ein transportfähiges und ggf. endlagerfähiges Abfallgebilde zu erhalten. Dabei werden die Verfahren Verpressen, Verbrennen, Trocknen, Zementieren/Bituminieren und Verpacken angewandt.
- Naturschutzgebiet:** Ein Gebiet, das schützenswerte Lebensräume hat und gegebenenfalls seltene oder gefährdete Tier- und Pflanzenarten beherbergt. Teile eines Naturschutzgebietes können auch Fauna-Flora-Habitat (FFH-Gebiet) oder Landschaftsschutzgebiet sein. Ein FFH-Gebiet ist ein europäisches Schutzgebiet, das nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ausgewiesen wird. Ein Landschaftsschutzgebiet soll das Landschaftsbild erhalten. Es kann auch für den Erhalt von Tourismus und zur Erholung der Menschen ausgewiesen werden.
- Planerische Mitteilung:** Unterlage, die erforderlichen Zulassungen, Rand- und Rahmenbedingungen darstellt. Mit dieser Unterlage können beteiligte Träger öffentlicher Belange und notwendige Sachverständige bestimmt und informiert werden.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 31

Pufferung: Die Pufferung ist eine temporäre Lagerung zur Optimierung und Entzerrung von logistischen Prozessen.

Rückholung: Als Rückholung wird der Gesamtprozess des geplanten Entfernens der eingelagerten radioaktiven Abfälle aus dem Grubengebäude der Schachanlage Asse II bezeichnet. Sie umfasst die Phasen Planung, Genehmigung, vorbereitende Maßnahmen, wie z. B. das Auffahren von Strecken, die Öffnung der Einlagerungskammern und die Bergung sowie die Herstellung der dauerhaften Lagerfähigkeit der radioaktiven Abfälle.

Zwischenlager: Ein Zwischenlager ist ein Aufbewahrungsort für konditionierte und verpackte radioaktive Abfälle bis zu deren Endlagerung.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 32

Anhang 1: Mailverkehr (Anwohner*in #03 aus Schöppenstedt / BGE)

Eingang vom 2. November 2022

Von:

Gesendet: Mittwoch, 2. November 2022 16:58

An:

Betreff: Meinung zur Lagerung von Atommüll in der Asse

Anlagen:

Sehr geehrter Herr,

Sie möchten die Bevölkerung beteiligen und sind (medienwirksam) an ihrer Meinung interessiert? Das ist schön. Doch ich gehe davon aus, dass die BGE diese Meinung bereits kennt.

Wir als Familie aus der Region lehnen ein Atommülllager in der Asse und damit in dicht bebautem Gebiet strickt ab! Nicht nur wir, sondern auch sehr viele andere Bürgerinnen und Bürger. Das sollte Ihnen bekannt sein und dies schon lange. Trotzdem werden diese Meinungen permanent ignoriert. Warum?

Ihre oft betonte "Transparenz" ist lediglich ein Wort. Immer wieder werden Entscheidungen getroffen, die ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und ohne Rücksicht auf die Menschen. Warum das so ist, können nur Sie beantworten.

Wer haftet für Schäden, die entstehen? Wer übernimmt persönlich die Verantwortung, wenn etwas schief geht? Wer trägt die Kosten, wenn etwa Immobilienpreise etwa durch Störfälle in der der Asse sinken und Menschen, die weg wollen, ihre Häuser nicht loswerden? Haben Sie bei Ihren Plänen zum Bau eines Atommülllagers im Wald auch an steigende Waldbrandgefahr gedacht? An Gefahr durch Drohen etc.?

Mittlerweile ist ja leider auch die Gefahr durch kriegerische Auseinandersetzungen nicht komplett vom Tisch zu weisen. Können Sie die Sicherheit der Umwelt und der Menschen garantieren?

Ich denke nicht, dass es großartig Sinn macht, Ihnen Vorschläge zu machen. Sie täuschen vor, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Doch wenn Sie ehrlich sind, ist alles schon geplant und erledigt. Wir haben den Eindruck, dass Ihre jetzige Aktion lediglich eine Marketingkampagne ist. Damit Sie als Verantwortliche gut dastehen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 33

Ein "Mahnmal" zu errichten, während nebenan Atommüll lagert, halte ich für eine sehr skurrile und zynische Idee. Es ist geplant, große Flächen geschützten Wald für ein Atommülllager zu vernichten und es wird ernsthaft darüber nachgedacht, dass ein Mahnmal "bestmöglich in die Natur integriert" werden soll.

Planen Sie auch gleich ein Mahnmal für die Bevölkerung, wenn es einen Störfall gibt?

Auch sagen Sie, dass Sie ein Atomlager "mit Holzelementen verkleiden und begrünen" wollen. Das ändert gar nichts. Nur die Optik. Doch Atommüll ist und bleibt Atommüll. Sie machen hier billiges "Greenwashing".

Ich bin nicht sicher, ob Sie als Verantwortliche schlicht Ihren eigenen Willen durchdrücken wollen, ob Sie es umsetzen wollen, weil Sie keine Alternative kennen oder weil Sie schlicht naiv sind. Falsch wäre alles. Vielleicht gibt es auch noch andere Gründe, die ich nicht kenne. Sollte es zu Zwischenfällen kommen, werden mit großer Wahrscheinlichkeit Menschen und Umwelt zu Schaden kommen. Spätestens dann werden Sie sich die Frage anhören müssen, wieso Sie ein Atommülllager in direkter Nähe von Orten angelegt haben.

Wenn die Bevölkerung gegen das Abholzen des Waldes im FFH-Gebiet ist ...

Wenn sie gegen das Lagern von maroden Atomfässern in der Nähe ihrer Häuser ist ... Wenn sie Angst haben, dass etwas passiert ...

... würden Sie dann andere Standorte und andere Lösungen suchen?

Wenn Sie mir diese Fragen ehrlich beantworten, dann würden Sie Glaubwürdigkeit zurückbekommen. Jetzt sind Sie am Zug. Wie sind Ihre Antworten?

Ich bin in der Region aufgewachsen, lebe und arbeite hier. Aus dem Fenster meiner Tochter kann man die Asse sehen. Ich bin sehr frustriert, wütend und traurig, wie hier mit den Menschen umgegangen wird.

Leider bezweifle ich, dass sich etwas ändern wird. Hoffnung gibt es immer. Ich bin gespannt, ob die BGE sie zerstören wird.

Noch haben Sie die Möglichkeit, das Richtige zu tun und kein Atommülllager in der Asse zu errichten. Ich bin gespannt, ob Ihnen die Meinung der Bevölkerung wirklich wichtig ist. Ich bin gespannt, ob Sie mutig genug sind. Darum möchte ich Sie bitten. Vielen Dank.

Es grüßt Sie

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 34

Ausgang vom 7. Dezember 2022

Von:

Gesendet: Mittwoch, 7. Dezember 2022 18:51

An:

Betreff: AW: Meinung zur Lagerung von Atommüll in der Asse

Signiert von:

Sehr geehrter Herr,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 1. November 2022 und den zwischenzeitlich erfolgten Austausch. Wie von Ihnen gewünscht, antworten wir zu Ihrem Schreiben gerne schriftlich.

Die Entscheidung ist sachgerecht

Sie beschreiben richtig, dass der von der BGE seit dem Jahr 2020 vorgeschlagene Standort für ein Zwischenlager im sogenannten Kuhlager in der Region umstritten ist. Die BGE hat diesen Standort vorgeschlagen, da er die Komplexität des ohnehin aufwendigen Projektes der Rückholung reduziert und diese somit wahrscheinlicher macht. Die BGE ist überzeugt, dass die Entscheidung für den Standortvorschlag sachgerecht und der Standort genehmigungsfähig ist. Weitere Informationen zur Begründung des Standortvorschlags finden Sie unter anderem in der Pressemitteilung vom 23. August 2022: <https://www.bge.de/de/asse/meldungen-und-pressemitteilungen/meldung/news/2022/8/754-schachanlage-asse/>

Die Einhaltung der Gesetze gewährleistet größtmögliche Sicherheit

Sämtliche Anlagen werden nach den heute gültigen Anforderungen des Atom- und Strahlenschutzrechts gebaut. Die gesetzlichen Vorgaben haben das Ziel, die Belastungen im bestimmungsgemäßen Betrieb, aber auch bei Störfällen zu reduzieren. Von Ihnen geschilderte Szenarien wie Waldbrände und Drohnen werden dabei berücksichtigt.

Im Zuge der Rückholung wird es zu höheren Ableitungen als derzeit kommen. Dies geschieht zwangsläufig da Einlagerungskammern geöffnet werden und mit dem Atommüll umgegangen wird. Gleichzeitig bewegt sich diese Belastung innerhalb der gesetzlich zulässigen Grenzwerte. Das sogenannte Minimierungsgebot schreibt zudem vor, dass sämtliche Belastungen unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls auch unterhalb der Grenzwerte so gering wie möglich zu halten sind.

Indem die gesetzlichen Vorgaben umgesetzt und die festgelegten Schutzziele eingehalten werden, können wir die Sicherheit von Menschen und Umwelt bestmöglich gewährleisten. Wie in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens werden Risiken jedoch nie gänzlich eliminiert werden können. Das gehört zur Wahrheit dazu, gilt aber für jeden anderen Standort gleichermaßen.

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 35

Es werden keine maroden Fässer zwischengelagert

In ein Zwischenlager an der Asse würden Abfallgebinde gelagert, die den heutigen Anforderungen an eine sachgerechte Konditionierung entsprechen. Auch dies trägt zur Sicherheit der Anlage bei. Es würden also nicht wie von Ihnen beschrieben „marode Fässer“ in der Nähe der Häuser lagern. Die zurückgeholten Fässer werden in Umverpackungen nach über Tage gebracht, die einen innerbetrieblichen Transport und eine innerbetriebliche Lagerung bis zur endgültigen Konditionierung erlauben. Bevor die Abfälle in das Zwischenlager gelangen, werden sie genau untersucht (charakterisiert) sowie endlagergerecht verpackt (konditioniert).

Richtig ist, dass derzeit hauptsächlich in rund 750 Meter Tiefe marode Fässer lagern. Aufgrund der bergbaulichen Situation kann bei einem Verbleib der radioaktiven Abfälle am Standort nicht ausgeschlossen werden, dass zukünftig radioaktive Stoffe an die Tagesoberfläche gelangen. Dieses Risiko stellt eine tatsächliche potenzielle Gefährdung der Menschen und der Umwelt dar. Daher ist die unverzügliche Stilllegung der Schachanlage Asse II und, sofern möglich, die vorherige Rückholung der radioaktiven Abfälle der gesetzliche Auftrag der BGE. Die Rückholung der Abfälle schafft entsprechend die Sicherheit, die Sie sich für die Region wünschen.

Die Fläche des zu rodenden Waldes wird minimiert

Sie beschreiben richtig, dass für die geplanten Anlagen ein Teil des Waldes gerodet werden muss. Die BGE wird dies auf ein Minimum beschränken. Wesentliche Teile der Anlage sollen daher auf Flächen entstehen, die bereits heute frei von Wald sind. Wir erwarten, dass rund 2 bis 3 Hektar Wald gerodet werden müssen. Dieser Eingriff ist an anderer Stelle, möglichst Asse-nah, auszugleichen. Voraussetzung ist, dass der BGE die hierfür notwendigen Ausgleichsflächen zur Verfügung stehen.

Offener Dialog soll möglich sein

Die Idee eines Mahnmals mag in Ihren Augen „skurril“ und „zynisch“ sein. Gleichzeitig wurden solche Ideen in der Vergangenheit durch Besucher*innen aus der Region in der Infostelle Asse geäußert. Diese Äußerungen haben wir aufgegriffen und öffentlich zur Diskussion gestellt. Wir machen uns diese Vorschläge nicht zu eigen – zum Teil widersprechen sie sich ja auch. Solche Ideen sind aus der Perspektive der sich äußernden Personen berechtigt und verdienen in unseren Augen transparent gemacht zu werden. Genauso verhält es sich mit den anderen von Ihnen genannten Vorschlägen.

Bei aller medialen Wahrnehmung darf nicht vergessen werden, dass ein Teil der regionalen Bevölkerung den vorgeschlagenen Zwischenlagerstandort nicht kritisiert. Diese haben teils das Interesse, dass die Anlagen bestmöglich in die Natur integriert oder beispielsweise mit einer leistungsfähigen Photovoltaik-Anlage ausgestattet werden. Diese Wünsche verdienen ebenfalls eine berechnete Wahrnehmung.

Sie kritisieren zudem die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung als „Marketingkampagne“. Wir bedauern, dass Sie dies so beurteilen und daher von einer Beteiligung absehen. Während der letztjährigen und der diesjährigen frühen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden interessante Vorschläge gemacht, die es Wert sind gemeinsam diskutiert zu werden und die von der BGE nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Wenn auch Sie sich zukünftig dennoch beteiligen wollen, sind Sie dazu herzlich eingeladen. Die laufende frühe Öffentlichkeitsbeteiligung ist zwar beendet, aber Sie können uns

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 36

jederzeit Anregungen und Diskussionsbeiträge per E-Mail an info-asse@bge.de zukommen lassen. Auch für ein persönliches Gespräch stehen wir Ihnen weiterhin gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Abschlussbericht – frühe Öffentlichkeitsbeteiligung zum Antragskomplex III



Projekt	PSP-Element	Funktion/Thema	Komponente	Baugruppe	Aufgabe	UA	Lfd.-Nr.	Rev
NAAN	NNNNNNNNNN	NNAAANN	AANNNA	AANN	AAAA	AA	NNNN	NN
9A	14000000	RRA			DZ	BK	0003	00

Blatt: 37

Eingang vom 12. Dezember 2022

Von:

Gesendet: Montag, 12. Dezember 2022 17:10

An:

Betreff: Re: AW: Meinung zur Lagerung von Atommüll in der Asse

Sehr geehrter Herr

vielen Dank für Ihre Antwort.

Ich sehe es nach wie vor so, dass es keinen Willen zur Änderung Ihres Vorhabens gibt. Auch Meinungen greifen Sie meiner Meinung nach nur auf, wenn Sie zu Ihren Plänen passen. Die Asse wird ein Zwischenlager (ich rechne mit einer sehr langen "Zwischenlagerung", da es ja kein Endlager gibt). Zudem vermute ich, dass es schon weit mehr Pläne gibt, als Sie bisher preisgeben.

Sie sagen richtig, dass Risiken im privaten Leben nie gänzlich eliminiert werden können. Sie sorgen jedoch dafür, dass das Risiko im privaten Leben der Bevölkerung steigt. Die Lagerung in direkter Ortsnähe ist und bleibt verantwortungslos.

Ich sehe es so, dass Sie das tun, was Sie sich vorgenommen haben. Tun Sie das. Ich werde es nicht ändern. Sicher werden auch andere Menschen Ihr Vorhaben nicht ändern.

Leidtragend sind am Ende wieder die Menschen, über deren Köpfe hinweg entschieden wurde. Das ist traurig, doch damit muss man eben leben - oder, wenn es schlecht läuft - nicht mal das.

Es grüßt Sie